

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 5.— M., bei Zustellung unter Stichband 6.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Druckerei: Die „Freiheit“ Druckerei, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Lügenfeldzug gegen die U. S. V.

Ein erlogener Putzsch.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Braunschweig, 18. September.

Die von „Wolff“ verbreitete Nachricht über Unruhen in Braunschweig ist von Anfang bis zu Ende erfunden. Am Tage vor das Gerücht verbreitet worden, daß ein Transport Kriegsgefangener zurückgeführt würde, und es sammelten sich daher die Angehörigen derselben am Hauptbahnhof an. Jedoch gelang diese Menge nur aus friedlichen, unbewaffneten Personen. Die Reichswehr eilte sofort mit mehreren Automobilen nach dem Bahnhof, um die Menge zu zerstreuen. Widerstand oder Gewaltthaten von Seiten der Frauen und Angehörigen der Kriegsgefangenen wurden nicht geübt. Es handelt sich hier um ein landwirtschafliches Wahlmandat der Bourgeoisie, da am Sonntag hier Stadtratswahl ist. Das Gerücht, daß die Kriegsgefangenen heimkehren, scheint von Spitzeln ausgeht zu sein, da ein Gespräch zwischen Offizieren schon am Nachmittag blauschwarz, worin angeführt wurde, daß man einen Ratsbeschluss infizieren werde, um die Sache in Gang zu bringen.

Wir haben bereits in unserer heutigen Morgenausgabe die verlogenen Berichte über den angeblichen Putzsch in Braunschweig gekennzeichnet. Es ist ein unerhörtes Schandstück, daß nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch das Rotfunkbüro sich zum Verbreiten von Nachrichten hergibt, die den berechtigten Spitzelkassen der Reichswehr entstammen.

Der wartende Bau.

Herr Koske erlebt diesmal keine ungestörte Freude. Seine rechtssozialistischen Parteifreunde, die bisher mit ihm durch dick und dünn gegangen sind, fangen langsam an, misstrauisch zu werden. Er hat bisher nur in Herrn Seilmann einen unbedingten Verteidiger und Bewunderer gefunden, während fast die gesamte rechtssozialistische Kampfpresse in mehr oder minder scharfer Form gegen ihn Stellung nimmt. Auf der rechtssozialistischen Kreisversammlung in Essen wurde sogar einstimmig eine Resolution angenommen, die den Rüdritzi-Koskes fordert. In der Resolution heißt es:

„Die heutige Mitgliederversammlung des Soz. Vereins nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem immer lächerlicher werdenden Zerbrechen der Offizierskommission und dem Aufschwollen gegenrevolutionärer Bestrebungen, die eine Gefahr für die ruhige Fortentwicklung des Staatlebens bilden. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß der Reichswehrminister entweder nicht mehr Herr der Lage ist, oder sogar diese Strömungen fördert. Die Versammlung fordert die sozialdemokratische Fraktion der Republik auf, die Entlassung Koskes von seinem Posten herbeizuführen.“

Die Resolution verlangt weiter die sofortige Verhaftung der Offiziere, Entlassung des Obersten Reinhold, Sperrung der Wohnung für diejenigen Offiziere, die die Befehle der Regierung nicht anerkennen und eine sofortige Aufhebung der Schutzhaft und des Belagerungszustandes. Gleichzeitig wird gegen die Einstellung der militärischen Sicherheitspolizei im Ruhrgebiet Protest eingelegt und die Abgeordneten des Essener Bezirks werden aufgefordert, im Sinne dieses Beschlusses zu wirken.

Auch die Breslauer „Volkswacht“ sieht sich zu einer scharfen Stellungnahme gezwungen. Sie schreibt:

„Scheldemann gegen Koske und Koske gegen die „Angstmeier“ und für die reaktionären Offiziere! Das ist der neueste Fall, der hoffentlich einige Stütze zur Folge hat... Vielleicht sieht also der Reichswehrminister Koske doch noch genauer zu. Hat der Oberst die Äußerungen getan, kann man sich über die Dinge springen und die doch lebendigen, sind keine Angstmeier, sondern Sozialdemokraten. Genosse Koske! Sie haben nun das Wort!“

Die Chemnitzer „Volkstimme“, das „Hamburger Echo“ und das „Bremser Volksblatt“ nehmen eine ähnliche Stellung ein. Die „Essener Arbeiterzeitung“ maßt die Gefahr, die aus der Stellungnahme Koskes für die monarchistischen Offiziere erwächst, mit folgenden Worten aus: „Der Reichswehrminister scheint mit seinem Eintreten für den reaktionären Reinhold gar nicht zu merken, einen wie schlechten Platz er der Republik erweilt. Kogelisch eines solchen

Optimismus ist allerdings das Wachstum der reaktionären Stimmung kein Wunder mehr. Der Zwischenfall Koske-Scheldemann beleuchtet bläulich die gefährliche Situation, zu der die Partei (schleunigst) Stellung nehmen muß. Der Optimismus des Reichswehrministers ist augenblicklich die größte Gefahr für die Republik.“

Wenn diese Äußerungen insgesamt mehr sind als der Ausbruch einer momentanen Stimmung, dann könnte der Wandel der Dinge nur begrüßt werden. Aber wir befürchten, daß erst noch weit kräftigere Stöße erfolgen müssen, um den rechtssozialistischen Parteienanhang zur vollen Erkenntnis der wahren Lage zu bringen.

Helfer der Reaktion.

Das Todesurteil gegen sechs der Angeklagten in dem Münchener Prozeß gibt einem Teil der Presse erneut Veranlassung, die Tat als einen Ausfluß der politischen Stellung der Angeklagten darzustellen. Insbesondere ist es natürlich der „Vorwärts“, der dieses Moment am allerstärksten unterstreicht und nicht das geringste Verständnis dafür zeigt, daß er damit die Geschäfte der allerjüngsten Reaktion besorgt, die ihre ungeheuerlichen Schandtaten hinter dieser Geiselerklärung zu verbergen sucht. Der „Vorwärts“ beurteilt jetzt in den schärfsten Ausdrücken die an den mehrlosen Gefangenen begangene Untat. Wir möchten ihm ins Gedächtnis zurückrufen, daß diese Untaten nicht im April in München begonnen wurden, sondern bereits in den ersten Januarjahren in Berlin mit der grausamen Tötung der „Vorwärts“-Parlamentäre, der Gefangenen in der Alexanderkaserne usw. eingeleitet haben, und daß in den Märztagen in Berlin neben dem Mord an den 32 Matrosen viele andere Unschuldige durch die Soldateska hingerichtet worden sind. Damals hat der „Vorwärts“ sich weit weniger über die Tötung Wehrlofer entäußert und ist uns in unserem Kampf gegen ihre Verdräuer in den Rücken gefallen. Ebenjowenig hat er gegen die Greuelthaten der Weißen Garben in München, die den Anlaß zur Geiselerklärung gaben, das Maß der Entrüstung aufgebracht, das er jetzt an den Tag legt.

Der „Vorwärts“ befindet sich damit vollkommen im Schlepptau der Urteilsbegründung, die, wie nach der parteiischen Prozeßführung nicht anders zu erwarten war, den Gipfel der Parteilichkeit erklimmt. So muß es entschieden bestritten werden, daß es erwiesen sei, daß Lebins, Lebins usw. die Geiseln im Keller besucht haben und ihnen jählich erklärt hätten, sie würden um die Ecke gebracht werden. Bereits im Lebins-Prozeß ist dieses Märchen zusammengebrochen, und auch in diesem Prozeß hat nur ein Zeuge eine derartige, aber durch zahlreiche Vorbehalte eingeschränkte Behauptung aufgestellt.

Ebenjowenig ist es für die „Objektivität“ des Gerichts ist es, daß, obwohl es jede Beweisaufnahme über die Ursachen der Geiselerklärung abgelehnt hat, in der Begründung behauptet, Seidl und Lebins hätten in unehrer Plakate angefertigt, in denen mitgeteilt wurde, daß die Weißen Garben Sanitäter, einen 63jährigen alten Mann sowie zahlreiche Rotgardisten erschossen hätten. Dabei kann diese Behauptung nicht nur durch einen, sondern durch Dutzende von Zeugen erwiesen werden. Die 21 Rotgardisten in Sternberg, die 11 in Grünwald, die vielen Sanitäter usw. sind erwordet worden, und erst dies hat die ungeheure Erregung hervorgerufen, die die Geiselerklärung zur Folge hatte.

Dieser Opfer aber erbarmt sich der „Vorwärts“ nicht, obwohl er sich nur bei seinen Münchener Parteifreunden zu erkundigen bemühte, um die Richtigkeit dieser Behauptungen bestätigt zu erhalten. Aber dann könnte er nicht seine Aufgabe als Helfer der Reaktion erfüllen.

Rebellische Magistratsbeamte.

Das Städt. wird gemeldet, daß die heutige Stadtverordnetenversammlung von demonstrierenden Magistratsbeamten gesprengt wurde. Sie hatten die Tribünen des Sitzungssaales besetzt und forderten von dort aus mündliche Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister wegen ihrer Gehaltsforderungen. Dabei kam es zu derartig lärmenden Störungen, daß die Sitzung aufgegeben werden mußte.

Eine Lügenzentrale.

Mit der Aufschrift „Dr. phil. Friedrich Bursch, Robert Albert, Mitarbeiter der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei“, ist dieser Tage von Dresden aus an eine Anzahl Zeitungen ein Zirkular verschickt worden, in dem eine zu gründende Zeitungskorrespondenz empfohlen wird, durch welche die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bekämpft werden soll. Nach dem mitgeteilten Worten dieser Korrespondenz handelt es sich um ein auf dem allergeringsten journalistischen Niveau stehendes Unternehmen. Die Macher sind zwei Schmalz, ein bürgerlicher und ein rechtssozialistischer, die beide in anständigen journalistischen Kreisen längst ausgespielt haben. Jetzt weihen sie in dem großen Schwarm der Krippenjäger glücklich in die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei gelangt zu sein. Die Stellung dort, die sie sich von den sächsischen Steuerzahlern beschaffen lassen, scheinen sie aber nur als Sinalure aufzufassen, die ihnen Gelegenheit gibt, sich aus amtlichen Mitteln das Material zu beschaffen, um eine neue Lügenzentrale gegen die U. S. V. zu eröffnen und damit ein gutes Geschäft machen zu können. Das Zirkular, in dem sie ihre Korrespondenz anbieten, hat folgenden Wortlaut:

Dresden, Deinum des Poststempels.
Dr. phil. Friedr. Bursch,
Robert Albert,
Mitarbeiter der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei.

In den Pressekonferenzen und bei sonstigen Besprechungen von Pressevertretern ist wiederholt gewünscht worden, daß den lächerlichen und demagogischen Behauptungen der Presse der U. S. V. eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werde.

In der Tat: Wer diese Presse aufmerksam liest, findet darin fast alle Lüge Behauptungen, die sofort zurückgewiesen werden müssen. Da wir amtlich Gelegenheit haben, und ihrer Zeit und ihrer Bekämpfung mit zu widmen, werden wir uns erlauben, Ihnen von Zeit zu Zeit kleinere Notizen oder Artikel gegen die verlogene und demagogische Kampfmethode der Unabhängigen zu senden.

Da diese Arbeit eine Nebenarbeit in unserm Beruf ist, sind wir in der Lage, Ihnen diese Arbeiten zu unentgeltlichem Abdruck zuzusenden. Wir nehmen an, daß auch Sie die Notwendigkeit eines energischen Kampfes gegen die von uns betriebene Gefährdung der Staatspolitik anerkennen und daß Ihnen deshalb die Zusendung solcher Anti-U. S. V. Notizen willkommen ist.

Selbstverständlich ist es Ihnen freigestellt, die Einsendungen so wie sie sind oder in geeigneter Uebersetzung abzubringen. Sie sind den Raumnotizen der Presse angepaßt und auch deshalb möglichst kurz gehalten, weil sie so eher gelesen werden und so Ihren Zweck leichter erfüllen können, welche Kreise auf die Gefahr der unabhängigen Kampfmethode für unser Volkstum aufmerksam zu machen.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns von den Nummern Ihrer sehr geschätzten Zeitung, in denen unsere Notizen abgedruckt sind, Besche senden könnten.

Wir kollegialen Grüßen
Dr. phil. Friedr. Bursch,
Rob. Albert.

Zunächst wer sind die beiden Schmalz? Herr Dr. Bursch war zu Beginn des Jahrhunderts Chefredakteur der die Interessen der Großkapitalisten an der Unterwerfung vertretenden „Nordwestdeutschen Zeitung“ in Bremerhaven und war kurz vor dem Kriege einer der eifrigsten Sozialistenführer in Mitteldeutschland. Sein Kompagnon, Herr Robert Albert, war vor Jahren Redakteur der „Breslauer Volkswacht“ und riefte vor einer ihm zugehörigen zweijährigen Gefängnisstrafe nach der Schweiz aus; die sozialdemokratischen Redakteure haben ihm das damals sehr verübelt. In der schweizerischen Partei war er bald als Stänker verrufen. Während des Krieges erkaufte er sich die Absolution der deutschen Behörden durch aufdringlich das Durchhalten predigende Artikel, die er nicht nur in der rechtssozialistischen Presse ablagerte, sondern vor allen Dingen auch in den Kriegervereinsorganen. Er konnte es dann wagen, nach Deutschland zurückzukehren und sitzt glücklich an der Kettarbrücke des sächsischen Staates. Nach

Welchen Methoden dies beiden Herrenmänner die U. S. V. „geistig“ zu vernichten streben, davon legen ihre Leistungen Zeugnis ab. So suchen sie folgende Sudelei an den Mann zu bringen:

Im Dienste des Auslandes. Fast der gesamten Presse Deutschlands fiel es Anfang September 1919 auf, daß die unabhängige Presse in der Lage war, französische Dokumente, Bücher, Zeitungsausschnitte usw. eher zu beschaffen als die gesamte übrige Presse. Es wurde ganz offen der Verdacht ausgesprochen, daß die unabhängige Presse mit dem Auslande eben besonders gute Beziehungen unterhalte. Das wird verständlich, wenn man weiß, daß nach den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Nr. 284 der deutschen Delegation bereits im Jahre 1918 eine Anleihe für Agenten der Entente in die Hände gefallen ist, in deren Konten 7 es heißt:

„Man halte sich genau an die Ratschläge des deutschen Vertrauensmannes und bespreche alle Unternehmungen erst mit ihm. Wo kein Vertrauensmann zu finden ist, wende man sich an die Vertrauensleute der unabhängigen sozialdemokratischen Partei.“

Wer so in letzter Zeit verfolgt hat, wie auffallend eifrig die unabhängige Presse für die Interessen des Auslandes und gegen die eigenen deutschen Vaterlandes eingetreten ist, wird immer mehr in der Ueberzeugung befestigt, daß diese Anleihe für Agenten unserer Feinde nicht nur echt ist, sondern auch erfolgreich wirkt. Erfolgreich für die Feinde nämlich. Wenn das erst die große Mehrheit der jetzt noch den Unabhängigen nachschauenden Arbeiter eingesehen hat — dann ist es mit ihrer Verlässlichkeit vorbei! Denn in dieser Frage läßt auch ein unabhängiger Arbeiter nicht mit sich spahen.

Der erste Satz dieser Sudelei ist glatt erlogen, er soll auch nur überleiten zu der Verdächtigung der U. S. V. als Ententebildung. Das dafür angeführte „Beweisdokument“ ist ein Spitzfabrikat, das 1918 von der reaktionären Presse zur Stimmbildung gegen die U. S. V. veröffentlicht, aber von allen anständigen Zeitungen als Schwindel abgelehnt wurde. Jetzt soll dieser alte Lügenhüter aufs neue die Verlässlichkeit der U. S. V. beweisen.

Gegen diese Dreckschleuder in der „Nachrichtsstelle der Staatskanzlei“ in Dresden sind doch die schwarzen München-Bladbacher noch laubere Leute. Um die Herkunft zu verbergen, versieht das obige Paar seine Korrespondenzblätter mit einem Summirelbenmerk: „Abdruck ohne Angabe der Herkunft.“ Unsere Parteigenossen im Lande mögen die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse einmal daraufhin durchsehen, ob sie auf die oben wiedergegebene und ähnliche Schmutzereien stoßen, sie wissen dann, wer dahinter steckt.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Wie stellt sich die sächsische Regierung denn dazu? Erfolgt Kampagne in ihrem Auftrag? Wie kommt es, daß diese beiden Individuen plötzlich zu Idealisten werden und „unentgeltlich“ Korrespondenzen verschicken. Bildet das einen Teil ihrer amtlichen, also aus Steuergeldern bezahlten Tätigkeit, und hat die sächsische Regierung vielleicht die sächsische Ableitung des früheren Reichslügenverbandes veranlaßt — die einzige „Sozialisierung“, die sie dann bisher vollbracht hätte? Wer da weiß, was für ein schmutziges Schmarotzergesinde von Spikeln und verleumderten Prebenditen sich bei allen möglichen Regierungsstellen herumtreibt, wird augen, daß der Verdacht sehr nahe liegt, daß die beiden Schmierfinken im Auftrag der Regierung ihr Gewerbe betreiben. Und das möchten wir doch gerne festgestellt wissen. Vielleicht erkundigen sich einmal unsere sächsischen Abgeordneten danach.

Rechtssozialistischer Koryphäe.

Nun geraten auch die Rechtssozialisten in den Gemeinden in dem Bestreben, ihren Leuten in der Regierung nicht wehe zu tun, immer tiefer in den Wirrwarr hinein, sie wissen nicht aus noch ein. Das zeigte sich klar und unabweisbar in der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten, in der ein Antrag der Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei vorlag, der den schärfsten Protest gegen die ohne vorherige Befragung der Landesversammlung und ohne Fühlungnahme mit der Stadt vorgenommene Einrichtung der militärischen Sicherheitspolizei zum Ausdruck brachte. Die Rechtssozialisten sprachen sich durch ihren Redner gegen die Maßnahme der Regierung aus, sie brachten aber eine sehr verwandene Entschädigung ein, nach der der Magistrat mit der Regierung in Verhandlung treten sollte unter Wahrung der städtischen Selbstverwaltung und der städtischen Finanzen. Das besagte gar nichts, weil das ohnehin geschieht. Für unseren Protestantrag waren die Rechtssozialisten nicht zu haben und sie stimmten gegen unsern Antrag, der damit zu Falle kam. Ein Antrag der demokratischen Gruppe der Verammlung enthielt besondere Richtlinien, nach denen die Frage behandelt werden sollte, und verdiente deshalb den Vortritt vor dem nichtstimmenden Antrag der Rechtssozialisten. Bei der Abstimmung über den Antrag der Demokraten gerieten die Rechtssozialisten in schwere Bedrängnis, und in ihrer Ratlosigkeit stimmten sie gegen diesen Antrag, der folgenden Wortlaut hatte:

1. Die baldige Uebertragung der gesamten polizeilichen Aufgaben auf die Stadtgemeinde ist zu erstreben.
2. Sofern für die Uebergangszeit besondere Maßnahmen erforderlich sind, ist zu verhindern, daß die Polizeibeamten durch Absperrung von der Bürgerchaft die nötige Fühlung mit derselben verlieren.
3. Die Sicherheit der Bürger muß in demselben Maße gewahrt werden, wie die finanziellen Interessen der Stadtgemeinde.
4. Die Rechte und Interessen der Beamten der Schutzmannschaft dürfen keinesfalls verletzt, sondern sollen gefördert werden.

Jeder einzelne Absatz dieses Antrages wurde von den Rechtssozialisten verneint. Die Stadtverordnetenversammlung hat seit Jahren die Uebertragung der Polizei auf die Stadt gefordert und darunter auch die Sicherheitspolizei. Es ist eine alte Forderung des sozialdemokratischen Kommunalprogramms, daß die Polizei in die Hand der Gemeinde gehört. Diese Programmforderung haben die Rechtssozialisten gestern verneint und ihre Forderungen preisgegeben. Sie haben verneint, daß die Sicherheit der Bürger in demselben Maße gewahrt werden muß, wie die finanziellen Interessen der Stadtgemeinde. Sie haben verneint, daß die Rechte und Interessen der Beamten der Schutzmannschaft keinesfalls verletzt, sondern gefördert werden. Sie haben ihre Grundzüge verneint, wie nie zuvor. Sie haben heute kein Recht, die Verabschiedung der Polizei zu verlangen, denn sie haben diese Forderungen preisgegeben.

So geht es auf allen Gebieten. Immer tiefer verstricken sich diese sogenannten Sozialdemokraten in die Fallstricke ihrer Regierungsmaximen. Nur weiter so. Die Arbeiterchaft wird immer deutlicher die Grundlosigkeit dieser Partei erkennen.

Hilfe für unterernährte deutsche Kinder.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 10. September meldet, daß der Hauptvorstand des niederländischen Roten Kreuzes demnächst mit einem Aufruf sich an das holländische Volk wenden wird. Vorzuschlagen ist eine Geldsam-

lung, um Lebensmittel anzukaufen und die vielen Hungerleidenden für deutsche Kinder praktisch zu zentralisieren. Die angelaufenen Rohstoffe sollen unter Kontrolle hierzu bestimmter Holländer an untere nährte deutsche Kinder verteilt werden, die in zwei noch näher zu bezeichnenden Orten (vermutlich in Thüringen und im Oden) unterzubringen sind. Auf diese Weise will man erreichen, daß sehr vielen deutschen Kindern geholfen werden kann, ohne daß große Kosten und Sorgen der Kindertransporte über die Grenze entstehen und daß so auch die Familien zunächst mit den Kindern zusammenbleiben können.

Die Deutsche Wohlfahrtsstelle in Berlin — die Zentralfstelle für alle Hilfsaktionen des Auslandes für Deutschland — hat sich bereits mit den holländischen Stellen in Verbindung gesetzt und steht die Eröffnung der erwähnten Kinderheime in einigen Wochen zu erwarten.

Die Metallarbeiterbewegung.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat vom Hauptvorstand in Stuttgart die Genehmigung für ihr Vorgehen erhalten. Herr Schlichte als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist demnach von seinen Vorstandskollegen bloßgestellt worden.

Das Vorgehen der Berliner Metallarbeiter ist richtig und besonnen, sie folgen vollkommen den Anweisungen der Führungskommision. Daran ändert auch die tendenziöse Berichterstattung der bürgerlichen Presse nichts, die mit aller Gewalt der Bewegung politische Motive untergeschleibt will.

Bergweilke Lage in Oesterreich.

In Oesterreich und ganz besonders in Wien ist die Kohlennot bereits so brennend, daß man von einer Katastrophe steht, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen wird. Wenn nicht bald Steinkohlen in Wien eingefahren werden müssen und dadurch viele tausende Kranke hilflos werden. In Budapest ist die Lage ähnlich. Wieviel einschneidend diese Kohlennot für das öffentliche und wirtschaftliche Leben Wiens ist, geht aus nachstehendem Wolff-Meldung hervor:

Wien, 18. September. Den Blättern zufolge teilte der Bürgermeister mit, daß der tägliche Ausfall durch die Einstellung des Straßenbahnverkehrs 750 000 bis 800 000 Kronen betragen würde. Sollte der Stillstand längere Zeit andauern und auch auf die Gas- und Elektrizitätswerke übergriffe, so würde dies zum Zusammenbruch der städtischen Finanzen führen. Wie verlautet, wurde auch die sofortige Einstellung der Zeitungsbetriebe beantragt. Wenn diese Maßregel zum Teil noch nicht angeordnet wurde, so ist sie doch bei längerer Dauer der Kohlenkrise nicht zu vermeiden. In Gewerkschaften wird darauf hingewiesen, daß falls die Sparmaßnahmen in geplanter Weise wirklich durchgeführt würden, dies der vollständige Zusammenbruch aller betroffenen Erwerbszweige wäre.

Der „Neuen Freien Presse“ zufolge machten die Beschäftigten infolge der Kohlennot bei der Wiener Entente-Kommission starken Eindruck. Wie verlautet, soll die Arbeiterschaft einen gemeinsamen Schritt zur Milderung der durch die Wiener Kohlenkatastrophe notwendig gewordenen dringenden Maßnahmen zu unternehmen.

Regiert St. Bureaunkraus noch?

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser teilte mit, daß die von uns in der Nummer 433 der „Freiheit“ veröffentlichte Notiz über den Neubruck eines Formulars, welches den Arbeitern der Betriebsverwaltungen zur Unterschrift vorgelegt wird, in dieser Fassung seit Ausbruch des Krieges nicht

Di' jip in.

Von Georges Courteline.

Am einem wunderbaren Sonntag im Juli war es, als sich Zagrappe bei der Kasernenwache meldete. Der Regimentsarzt hatte ihm gebietet, ohne Kravatte auszugehen mit Rücksicht auf einen Furunkel, die Kravatte im Gesicht hatte. Die Dinkel nachschreibermäßig an den Säbelord gelegt, die Rechte mit gestreckten Fingern am Säbelschiff, freude er keine nassen, ungestrigen und krebroteten Stiernasen aus dem gleichfalls roten Krage seines Woffenrodes heraus und erbat sich gehorsamst die Erlaubnis auszugehen.

Der Inspektionsinspektor war rittlings auf einem durchgelesenen Mohrstuhl, musterte den Wiltsteter mit strengem Blick und sagte dann ganz ruhig:

„Reht euch!“
Der Soldat stand verblüfft, da er in der Eskadron für einen der nettesten und saubersten Burken galt, der seine Waffen febergeit hiffliont gepußt und in bestem Stand hielt. Auch heute glänzte er wie ein Stern; Säbelschiff und Stiefelschiffe klitzten wie Spiegel, und jeder Knopf seiner Uniform leuchtete wie eine winzige Sonne.

„Reht euch!“
Wichtig begriff er.
„Wenn es wegen der Kravatte ist, Herr Feldwebel,“ sagte er, „ich darf ohne Kravatte ausgehen. Der Herr Regimentsarzt hat mir's erlaubt wegen des Furunkels im Gesicht.“

„Reht euch!“ wiederholte der Feldwebel gelassen, der eine Zigarette rauchte, die Arme hinter der Sessellehne gekreuzt.
Aber Zagrappe im Vertrauen auf sein gutes Recht, beharrte, erklärte, daß dies durchaus keine Ausrede sei, daß man im Wardenbuch nachsehen könne.

„Ich weiß Ihnen auf das Wardenbuch,“ erklärte der Feldwebel. „Man geht nicht in der Stadt herum ohne Kravatte, verstanden? Wenn Sie ausgehen wollen, ziehen Sie sich ordentlich an. Wenn nicht, bleiben Sie zu Hause! Was Ihnen der Regimentsarzt erlaubt oder nicht erlaubt, geht mich gar nichts an.“

Er sprach, ohne sich zu erheben, mit der verächtlichen Gelassenheit des Vorgesetzten, der es nicht der Mühe wert findet, sich zu ärgern. Ein leichtes Achselzucken ließ erkennen, daß er mit seinen Ausführungen zu Ende sei, und Zagrappe, dem dieses geringe Schicksal und imperzente Feldwebelschiff mit dem halbgeschlossenen Augen, das er durch die Rauchwolke der Zigarette hindurch wahrnahm, imponierte, sah die Zwecklosigkeit einer längeren Auseinandersetzung ein. Er sagte: „Fu Befehl“, holte sich blitzschnell seine Kravatte, und schloß, vorsichtsmäßig belächelnd, wie er nunmehr war, die Erlaubnis auszugehen.

Raum war er jedoch hundert Schritte weit gegangen, als er, im Begriffe um die Ecke zu biegen, mit dem Regimentsarzt zusammenstieß. Von einem besitzenen Wachen vor wenigen Minuten

verblüfft, daß in der Jägerkaserne einem Hornissen von seinem Herde der Schädel getrimmelt worden sei, bogab sich der Arzt gemächlichen Schrittes zu dem Sterbenden, mit dem schönen Gemächmude des älteren Regimentsarztes, den weder Leben noch Sterben seiner Patienten erschütterte. Er wie er Zagrappe erblickte, blieb er stehen und schaute dem Unglücklichen mit einem Blick an, in dem ein schwarzer Verdacht aufstieg:

„Sieh da! Ich irre mich nicht! Du bist ja der Kerl, den ich heute früh von der Kravatte dispensiert habe wegen der Furunkel im Gesicht!“

„Fu Befehl, Herr Regimentsarzt, das bin ich!“
Der Arzt machte einen Sprung und schrie:
„Himmelt! Herrgott! Donnerwetter!“

Er hat einen fürchterlichen Anblick vor, der festgebarte Mensch mit seinen Achselnhaufen, die mit roten Haaren bewachsen waren. Von einer sprichwörtlichen Unfähigkeit in seinem Verstand, bezog er sich in düsteren Stunden wohl bewußt war, suchte er, was ihm an Wissen abging, durch den schrankenlosen Absolutismus des eigenwilligen und tyrannischen Krötchens zu ersetzen, gab Verstehe von sich, gegen die jede Berufung ungenügend war, und forderte von seinen Patienten, daß sie mit seinen Vorschriften eine Art Aktus trieben. Die Kravatte des Mannes mit der Furunkel beleidigte seine höchste Empfindlichkeit wie eine Ohrfeige. Was ihn aber vollends aus dem Häuschen brachte, war die Erfindung des angeblichen Befehls des Inspektionsfeldwebels, die Zagrappe schüchtern vorbrachte. Einen Augenblick war er nahe daran, ihn zu erwürgen. Dann brüllte er wild kränisch und außer Rand und Band:

„Der Inspektionsfeldwebel! Er, der Inspektionsfeldwebel! Wer gibt den Kranken eigentlich Vorschriften! Ich oder der Inspektionsfeldwebel? Du wirst nicht früher Ruh geben, als bis du einen Anstich hast. Aber dann kennst du die vom Inspektionsfeldwebel herabgelagerten machen lassen. Schwärzenderiges Kamel der Paralytischen Hingegerat! Schwelchehund!“

Und plötzlich, mit erneuter Brut:
„Schau, daß du sie wegringst, die Kravatte! Schau, daß du sie wegringst!“

Zagrappe hatte nach dieser Unterredung das Gefühl eines Menschen, der ausgezogen, von einer böhmischen Hand unter eine kalte Dusche gestochen wurde. Schließlich erholte er sich langsam und bogab sich, die Kravatte in der Tasche, zum Militärkongert. Hier zog sich, rund um den eingehogten Platz des seinen Eintritt begleitenden Publikums, das gepußt und gelächelt unter der gespannten Seide der Sonnenstrahlen herumflatterte, die die farbige Seite der armen Soldaten, Jäger und Kürassiere, die das Entree nicht erzwungen konnten und die hergekommen waren, um den Sonntagnachmittag lauzuschlagen, die Regimentsmusik zu beobachten, und selbst ausnahmsweise frei, sich an der Anwesenheit ihrer Kameraden zu weiden. Wehmütlich und wachleraden in der klöneren Kunst, sich mit Hilfe der Säbagen langsam den Weg durch eine Menge zu bahnen, mußte sich unser Zagrappe geschickt bis in die erste Reihe der Zuhörer zu schlingeln. Man spielte gerade den

Kronungsmarsch aus dem „Propheten“ und Zagrappe empfand beim Zuhören großes Vergnügen, was er dadurch zum Ausdruck brachte, daß er mit der Stiefelspitze den Takt markierte und leise mitsprach. Da rief ihn jemand von rückwärts an: „Sie, Mann!“ Er machte „Reht euch!“ hand wie vertieft, und seine gute Laune war wie hingemüht, als er sich unglücklich seinem Gegenüber gegenüber, der in einem kleinen Kreis von Offizieren stand und eine ungeheure Zigarette rauchte.

Der Oberst sagte:
„Schauen Sie mich an! Es ist ja, waschhaftig! Sie sind ja ohne Kravatte!“

Seit mehr als zwei Jahren im Dienst, stand Zagrappe beim zum erstenmal seinem Obersten von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Dieses ungeheure Ereignis lähmte ihn vollständig. Der Oberst stand da und konnte kein Wort hervorbringen. Er wurde machte nichts weiter als ein paar mal verlegen mit dem Kopfe zu wackeln und zog dann schweigend die Kravatte aus der Tasche. Wofür so unbedeutende Vorgang entsetzte einen Orkan. Der Oberst, sicher, daß der Soldat sich bloß dumm stellte, sah den Soldaten wegen der großen Hitze entblößt hatte wurde grün und gelb vor Wut; und nun war die Weibe an ihm, zu brüllen und in der schandbarsten Weise zu fluchen, wobei er sich auf die Schenkelschlag und die entsetzten Offiziere zu Bewegen des unerhörten Vorganges rief, indem er sie fragte, wohin es mit Frankreich kommen solle, wenn sich ein Soldat der Pariser Garnison ohne Kravatte auf die Straße wagt.

Der Schluß war:
„Begen Sie die Kravatte sofort an!“
Zagrappe beugte sich, dem Befehl sofort zu gehorchen.

„Reht euch!“ Zagrappe tat, wie ihm geheißen und zeigte dem Obersten den himmelblauen Säbel.

„Auf — Gottschütt!“ beugte der Oberst. „Marsch in die Kasernen! Dort melden Sie sich bei der Wache und treten unterwägig ein vierzehntägigen Arrest an.“

Zagrappe betrat die Kaserne in demselben Augenblick, als der Regimentsarzt, der seinen Hornissen bereits abgetan hatte, febezieht. Der Arzt fand ein Wort, ein einziges:

„Schon wieder!“
Wachhaftig, das war zu viel. Das Blut schloß ihm zum Kopf.

„Das tust du mir wohl zum Vollen, was? Arzumschwärmer! Donnerwetter! Das ist denn doch zu arg. Vierzehn Tage Arrest, damit du folgen lernst! Und dann kommst du mir wieder aus die Fiste.“

Zagrappe wollte sich rechtfertigen, den ungeheuren Schrecken des Obersten zittern. Aber der Doktor rief, ehe der Soldat noch ein Wort hervorbrachte: „Reht halt!“ Unter der Wirkung des Kaserneportes, die den Schall verstärkte, kamen diese Worte wie Kanonenböller. Zagrappe mußte verzweifeln.

Am selben Abend bezog er das Arrestlokal und nachdem er vierzehn Tage gedummt hatte, weil er ohne Kravatte ausgegangen war, brummte er mollig vierzehn Tage, weil er mit Kravatte ausgegangen war.

mehr benutzt wird. Es handelt sich bei dem des Strickers S. S. Hermann vor kurzem erteilten Druckauszug um ein Versehen der Druckerei. Die Formulare können selbstverständlich nicht zur Verwendung.

Wir geben gern dieser Mitteilung Raum, da auch wir es für angebracht halten, daß etwas derartiges heute noch bekannt wird.

Der französische Gewerkschafts Kongress.

Paris, 17. September.

Der nationale Gewerkschafts Kongress in Lyon hat am Dienstag die Beratung über den Geschäftsbericht fortgesetzt.

Am ersten Tage sprach Peric. Er beschwerte sich darüber, daß die über den Demonstrationstreif vom 21. Juli zu entscheiden gehabt hätten, keine Aufforderung erhalten hätten. Man habe ihnen wichtige Dokumente vorenthalten. Er verlangte neue Führer, die die Interessen des Proletariats und der Gewerkschaften besser wahren könnten.

Die Hauptrede hielt Monmousseau von der Eisenbahngewerkschaft in Paris. Er fragte zuerst, warum Vertreter der Gewerkschaften an den internationalen Kommissionen der Friedenskonferenz teilgenommen hätten. Man habe geglaubt, daß dabei etwas Gutes herauskommen könne, sich aber getäuscht; denn der Einfluß der Diplomaten sei größer gewesen als der Einfluß der Gewerkschaftsvertreter. Der Völkerverbund habe nichts gemein mit der Arbeiterinternationalen und mit den Zielen der Gewerkschaften. Die Theorie des Klassenkampfes sei geopfert worden auf dem Altar der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung des Landes. Er leugne, daß es innerhalb der Nation eine Solidarität der Interessen gebe. Die Kapitalisten seien allein für den Krieg verantwortlich, und wenn sie das wirtschaftliche Leben wieder aufrichten wollten, dann sollten sie es mit ihren eigenen Mitteln tun. Wenn man dem Bankrott entgegengehe, dann solle man das leichtere Dergewinn hinnehmen, denn nur durch den Zusammenbruch könne das Proletariat zur Macht gelangen. Der Redner empfahl revolutionäre Mittel. Er warf den Delegierten der C. G. T. vor, daß sie die Grundsätze verraten hätten, und daß sie nicht die Verkündigungen zurückgewiesen hätten, die über den Demonstrationstreif vom 21. Juli verbreitet worden seien. Die C. G. T. sei mitschuldig an der Erschließung der ungarischen Revolution und an der Verschärfung der Bladade gegen die russische Revolution. Was die Widerhelfer von den Reichsheimern trenne, sei die grundsätzliche Interpretation des Sozialismus. Man habe in Frankreich jetzt einen von der Demokratie großgezogenen nationalen Sozialismus. Der Redner warf Jouhaux vor, daß er sich in Aussetzung für die dort gefassten Beschlüsse eingelassen habe. Wenn die Masse nicht reif sei, müsse sie zur Reife erregt werden.

In der Nachmittags Sitzung sprach zuerst Le Troquer vom Standpunkt der Reichsheimer. Er will Frankreich nicht in ein Abenteuer führen. Auch Lenin und Trotski können nichts anderes, als sich an die bürgerlichen Techniker wenden, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen. Er sehe nur zwei Wege, um zur Revolution zu gelangen. Entweder man mache sie mit harter Intelligenz, oder man mache sie mit denen, die die größten Anstrengungen ertragen müssen. Nach seiner Uebersetzung sei der Arbeiter noch nicht genügend erregt, und es frage jeden, ob er nicht im Laufe der fünf Kriegsjahre einen Augenblick an sich selbst gezweifelt hätte.

Lenier sagte, während der letzten Jahre hätten die Gewerkschaften nicht ihre ganze Pflicht getan. Er trat für ein einheitliches wirtschaftliches Programm ein. Bourdoux sprach auch für die Einigkeit. Auch er habe von Beginn des Krieges nicht alle Kritik beiseite gestellt, aber später sei es doch zur Uebersetzung gekommen, daß man die Regierung nicht hätte zwingen können, ihre Kriegsziele frei zu enthüllen. Außerdem habe er auch nicht gewollt, daß seinem Vaterland 1918 das Schicksal bereitet werde, das Rußland in der Vers-Tromm über sich habe ergehen lassen müssen. Die Leitung der Gewerkschaften der C. G. T. könne nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß am 21. Juli die Gewerkschaftler in allen Teilen von Frankreich zu Hunderten nicht hätten mitmachen wollen. Der Zwiespalt müsse aufhören. Die, die jetzt zu den Gewerkschaften kämen, kämen aus Klasseninteressen. Das soziale Ideal behalte sie noch nicht.

Verdier sagte, er müsse dem Vortredner entgegenstellen, obwohl er der Ansicht sei, daß der Demonstrationstreif nicht gut genug vorbereitet gewesen wäre. Der Generalsekretär allein sei die Waffe, die zur Macht führen könne. Die Arbeitshilfe müsse die Regierung erschrecken. Der Hauptfehler sei gewesen, daß der Generalsekretär vom 1. Mai nicht gut verlaufen sei. Er sei der Ansicht, daß die arbeitende Klasse der Bourgeoisie den Krieg erlösen müsse.

Jacquesmin, ehemaliger Sozialist, trat lebhaft für revolutionäre Propaganda ein. Man müsse zum Antimilitarismus und Antipatriotismus von vor dem Kriege zurückkehren und den durch den Krieg aufgeschichteten Militarismus zerstören.

De Fondresse beurteilte die Organisation des Vertriebskongresses. Der Kongress von Amsterdam sei nur eine Komödie gewesen. Seit dem Kongress vom Juli 1918 habe das Bureau immer die Gewerkschaften verraten. Man müsse neue Männer haben, die in der Lage wären, die Bewegung so zu gestalten, daß die Emancipation der Arbeiter erziele.

Die Verhandlung wurde alsdann auf Mittwoch vorzeitig beendet.

Paris, 18. September.

Auf dem französischen Gewerkschaftskongress kamen gestern (17.) die Reden der Reichsheimer zu Wort, darunter der Vertreter der französischen Eisenbahner. Bidegaray, der sich dagegen verweigerte, daß es die Eisenbahner gewesen seien, die den Demonstrationstreif vom 21. Juli verbreitet hätten. Er trat den sozialen Elementen scharf entgegen, denn die Gewerkschaftler hätten verlangt die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern. Sie seien es gewesen, die den Minister aufgefordert hätten, um bei dem letzten Kampf der Eisenbahner zu einer Einigung zu gelangen. Der Reichsheimer Donat machte den Führern der Gewerkschaften, namentlich Jouhaux, den Vorwurf, daß sie zu viel Rücksicht auf die Regierung genommen hätten. Die Regierung habe den Achtstundentag bewilligt, um die revolutionäre Krise aufzuheben. Er sei für den Achtstundentag, aber nicht in dem Sinne, in dem der Verwaltungsrat ihn aufhebe. Er sei für eine Vorbereitung zur Weltrevolution und trete entschieden für die russische Revolution ein. Der Vertreter der Bergarbeiter, Bortuel, sagte, die Niederlage vom 21. Juli sei nur mäßig gewesen, weil es die Reichsheimer der öffentlichen Dienste mit der Angst zu tun bekommen hätten, nachdem der Minister mit Entlassung gedroht habe. Nach dem Scheitern der revolutionären Standpunkte.

Gewerkschaftsinternationales Bündnis.

Der Friedensvertrag von Versailles bestimmt, daß der Arbeiterschutz zu den Aufgaben des Völkerverbundes gehören soll. Die auf den Arbeiterschutz bezüglichen Arbeiten des Völkerverbundes sollen erledigt werden durch die Organisation eines ständigen Arbeitsbureaus und alljährlich wiederkehrende Arbeiterschutzkonferenzen. Die erste Konferenz soll im Herbst dieses Jahres in Washington stattfinden.

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz, die Ende Juli in Amsterdam stattfand, hat sich mit dieser Frage beschäftigt und folgende Entschlüsse angenommen:

1. daß zur Konferenz als gleichberechtigte Teilnehmer eingeladen und zugelassen werden: die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen.

2. daß als Vertreter der Arbeiterschaft die von den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Landeszentralen beauftragten Delegierten anerkannt werden.

Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so werden die bei dem heutigen Kongress vertretenen gewerkschaftlichen Landeszentralen verpflichtet sein, an der Washingtoner Konferenz nicht zu beteiligen.

Die Annahme dieser Entschlüsse hatte hauptsächlich den Zweck, der Fernhaltung der deutschen und österreichischen Gewerkschaftsvertreter von der Konferenz, die anscheinend in Versailles beabsichtigt war, von vornherein entgegenzutreten. Eine Sitzung des Bureaus des internationalen Gewerkschaftsbundes, die am 22. August in London stattfand, kam auf die Frage zurück, das Bureau überreichte der englischen Regierung eine Mitteilung, in der gefordert wird, daß das Bureau daran festhalten müsse, daß Deutschland und Oesterreich in die Riste der Länder, welche zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz eingeladen werden, aufgenommen würden. Der Genosse Jouhaux, Vorsitzender der französischen Gewerkschaften, und zugleich Vize-Präsident des internationalen Gewerkschaftsbundes, hat ferner die gleiche Forderung in einer Unterredung mit Clemenceau als den Vorsitzenden des Obersten Rates der Alliierten erhoben. Clemenceau gab die Zusicherung, daß Deutschland und Oesterreich eine Einladung nach Washington erhalten würden. So schien es also, als sollte der Forderung der internationalen Gewerkschaftskonferenz stattgegeben werden.

Inzwischen wird jedoch, wie der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst mitteilt, durch Router der türkische Beschluß der Alliierten in dieser Frage verbreitet. Er lautet:

In der Sitzung des Obersten Rates heute morgen wurde die Frage diskutiert, ob man Delegierten der feindlichen Länder Zutritt zu der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington im Oktober gewähren solle. Die amerikanische Delegation teilte mit, daß die Vereinigten Staaten nichts dagegen haben, Arbeitervereine der feindlichen Länder in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen in das Land einzulassen. Infolgedessen wurde beschlossen, keine offizielle Einladung zum Kongress an Deutschland oder die übrigen feindlichen Länder gelangen zu lassen. Andererseits sollen diejenigen, die Lust haben, sich nach Amerika zu begeben, gestattet werden, in üblicher Weise in Amerika zu landen. Sind sie einmal im Lande, soll ihrem Besuche der Konferenz oder ihrer Teilnahme an Diskussionen oder Abstimmungen keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Dieser Reitermeldung steht die Erklärung des französischen Arbeitsministers Colliard entgegen, der am Mittwoch in der Kammer ausdrücklich sagte, daß Deutschland nach Washington eingeladen sei, ebenso werde Oesterreich dort vertreten sein. Sollte aber der Entschluß des Obersten Rates richtig sein, so würde er außerordentlich zu bedauern, denn er drückt die Arbeiterkonferenz des Völkerverbundes von vornherein zu einem Kumparspiel herab und schmälert durch die Fernhaltung deutscher und österreichischer Vertreter die Wirkungen der Konferenzarbeit auf das empfindlichste. Daraus, daß die deutschen Gewerkschaften Vertreter nach Washington senden, damit sie als Privatpersonen an der Konferenz teilnehmen, kann natürlich keine Rede sein. Wir hoffen, daß sich die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen durch den Beschluß der Jullikonferenz von Amsterdam gebunden fühlen und geschlossen die Beteiligung an der Konferenz in Washington ablehnen. Die Delegierten der drei skandinavischen Länder und der Schweiz, die im Juli in Amsterdam anwesend waren, haben bereits dort eine Erklärung abgegeben, in der gefordert wird, daß sie die Beteiligung einzelner Landesverbände als einen schweren Bruch der Solidarität der Arbeiterklasse betrachten müssen, wenn nicht alle Länder nach Washington eingeladen werden würden. Wenn die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen diesem Beispiel nicht sämtlich folgen, dann wäre zu fürchten, daß eine unheilvolle Störung der Einigkeit innerhalb der gewerkschaftlichen Internationale die Folge wäre.

Roste und Lamschid.

aus Wien geschrieben:

In einem Berliner Blatt wurde dieser Tage in Anlehnung der angeblichen Vorlesungen des Offiziersvertreter Neuen-dorf bei der Frage aufgeworfen, wie es denn überhaupt möglich gewesen sei, Neuen-dorf zum Offiziersvertreter zu befördern. Und Herr Kossel hat sich auf dem Parteitag in Dresden hingeworfen und das Strafregister Neuen-dorfs benützt, um einen Gegner, den er ja schließlich nicht widerlegen konnte, persönlich zu erledigen. Wie kommt dieser Mann dazu, amliche Wissenschaften zu seinen Gunsten auszubringen, während er auf der anderen Seite alles ablehnt? Da ist insbesondere ein Fall in Erinnerung: Was sagt Herr Kossel zu der Beförderung des jetzigen Offiziersvertreter Kamschid, dessen reichhaltiges Strafregister nicht etwa auf Veronesenverwahrung beruht und der es allerdings verstand, sein Sündenregister in seiner früheren Stellung als Kriminalwachmeister bei der Berliner Kriminalpolizei zu verpflücken, wo er dann endlich nach Bekanntwerden seiner Verurteilungen entlassen wurde.

Herr Kossel weiß dies alles genau und muß es wissen, da diese Vorgänge schon wiederholt in aller Öffentlichkeit verhandelt wurden. Es will jedoch scheinen, als würde seine Wissenschaft in diesem Falle in Anbetracht Kamschids „großer Verdienste“ gegenüber dem Fall Kossels und Worschach völlig übersehen, wie es aus dem sonstigen Verhalten unseres maßgebendsten

gewerkschaftlichen nicht anders zu erwarten ist. Diese Beförderung zum Offiziersvertreter liegt erst einige Wochen zurück. Es werden bereit noch viele anderer solcher Beförderungen auf Grund ähnlicher Verdienste befohrt worden sein. Es fragt sich nun, gibt es in der ganzen deutschen freiesten Republik keine Instanz, die solche Vorgänge rückwärts-nachprüfen hat und gegen die Schuldigen mit aller rücksichtslosen Strenge ahndet Ansehen der Person dazugeht!!!

Die Leipziger Buchdrucker gegen die Tarifgemeinschaft.

Die Leipziger Buchdrucker haben am Freitag in ihrer Versammlung im Holzhaus einen Beschluß zum weitestgehenden Bedeutung gefaßt. Nach Entgegennahme des Beschlusses über die Verhandlungen des Tarifausschusses betr. die Veränderungen des bestehenden Tarifvertrags im Buchdruckgewerbe, nahm die außerordentlich stark besuchte Versammlung mit großer Majorität die nachstehende Entschlüsse an:

Die Leipziger Buchdrucker schließen sich dem internationalen Arbeitersinnlichkeitsverband an, um die Arbeiterklasse als vollig ungeeignet zur Hebung ihrer Lebenslage ab. Unter der Tarifgemeinschaft benutzen die Unternehmer die Macht in der Produktion zur verschiedensten Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten. Die Leipziger Buchdrucker verlangen Aufhebung der Tarifgemeinschaft und den Abschluß kurzfristiger Tarifverträge auf dem Boden des Klassenkampfes. Sie fordern die Einführung und Anerkennung der Betriebsräte und deren volles Mitbestimmungsrecht, um den Einfluss zu gewinnen auf die Produktion und um mit Hilfe dieser Einrichtung in verstärkter Weise den Kampf um bessere Lebensbedingungen und letzten Endes um den Sozialismus aufzunehmen.

Dieser Beschluß der Leipziger Buchdrucker ist deshalb von weitestgehender Bedeutung, weil gerade die Buchdrucker durch die langjährige Tarifpolitik allmählich den Boden des Klassenkampfes verloren haben.

Gewerkschaftliches.

Reichskonferenz der Einfassierer, Einnehmer und Kassenboten Deutschlands.

Am 22. und 23. Oktober 1919 findet in Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelstraße 14/16, eine Konferenz der Einfassierer und Einnehmer sowie Kassenboten aus den Abgabungs-, Rahnpostämtern, Engros- und Bankgeschäften, Versicherungsbüros und Automaten-Gesellschaften, Subdirektionen und Generalagenturen Deutschlands statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Einfassierer und Kassenboten, sowie Einnehmer, 2. Diskussion & Kündigung der Einfassierer-Karrieren, 3. Die Sozialisierung im Versicherungsgewerbe, 4. Welche Organisation ist für die Einfassierer, Einnehmer und Kassenboten zuzubilden? Wir ersuchen die Einfassierer, Einnehmer und Kassenboten allenorts, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und Delegation durch ihre Organisationen zu entsenden. Lokale Berufskomitees werden wir hiermit ebenfalls zur Teilnahme ein. Der weiteren ersuchen wir um Anbahnung der Kollegen aus den einzelnen Orten Deutschlands; Angaben über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Arbeits- oder Dienstbedingungen, Mißstände im Beruf sind möglichst sofort an den Kollegen Friedrich Rudow, Berlin R 118, Carmen-Edwards-Straße 10, zu senden. Den Beschlüssen der Konferenz werden wir uns angeschlossen. Die Agitations-Kommission der Einfassierer, Einnehmer und Kassenboten im Deutschen Transportarbeiterverbande.

Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

In einer Generalversammlung der Buchdrucker (Hauptstelle Berlin) erließen die Delegierten den Bericht vom Dienstagabend. Nachdem Kasper einen Überblick über die großen Debatten gegeben hatte, berichtete Herzog über die vom Verbandstag angenommenen Anträge, worunter als bedeutendster sich ein Antrag befindet, der den Buchdrucker das Recht gibt, ihre Angestellten selbst zu wählen. Wenn es der Opposition auch nicht gelungen sei, im vollem Maße den Sieg zu erringen, so sei sie doch nicht entmutigt und werde weiter kämpfen. Erklärte kritisierte die Haltung der Opposition auf dem Verbandstag und behauptete, daß so viel kostbare Zeit mit politischen Debatten verloren ging. Seine Ausführungen riefen heftige Zwischenrufe hervor. Er wünschte, die Arbeiterräte mit den Gewerkschaften Hand in Hand arbeitend und verteilte die Arbeitergemeinschaften und Tarife. Dabei trat den Ausführungen Brühners entgegen. Da sechs Jahre keine Tagung stattfand und die Haltung der Gewerkschaften stark politisch war, so sei diese Debatte verwerflich. Unter der Debatte, daß die Politik nicht in die Gewerkschaften gehöre, versuche man die Opposition zu demütigen. Redner hält die Arbeitergemeinschaften für das ungeeignete Mittel zur Lösung der großen Probleme. Die Wahlen der Verbandstages über auf dem Verbandstag hält Redner nicht für richtig, da diese dort vollkommen unbekannt sind. Wenn Brühner behauptet, daß das Unterstützungswesen nicht ausgebaut worden sei, so sehe die Opposition auf dem Standpunkt, diese Unterstützungswesen abzubauen und höhere Streit- und Wachstumsunterstützungen einzuführen. Eine Entschlüsse Brühners wurde gegen 20 Stimmen abgelehnt, dagegen eine Resolution, die sich mit der Haltung der Berliner Delegierten auf dem Verbandstag einverstanden erklärt, angenommen. Die Oberteile der Branchen werden als Mitglieder des Tarifausschusses bestätigt.

Die Branchenversammlung der Metall-, Revolverhersteller sowie Beschleuniger nahm am Montag gegen den Schiedsgericht über die Masseneinstellung in der Metallindustrie folgende Resolution einstimmig an: Die am 15. September 1919 im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Metall-, Revolverhersteller sowie Beschleuniger sprechen ihre schärfste Mißbilligung gegen das unverschämte Ansehen der Arbeiter bei der Masseneinstellung aus. Die Versammlung beschließt eine Kammere Disziplinierung sämtlicher Kollegen und Kolleginnen innerhalb der Betriebe anzustreben, um die Willkür der Unternehmer zu nichte zu machen. Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis mit der Haltung der Kommission und legt die weiteren Schritte in die Hände der Branchenkommission zurück.

Eine Branchen-Vollversammlung der im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Postboten, Bader usw., aus der Textil- und Bekleidungsindustrie nahm zunächst den Bericht der tagenden Branchen-Vollversammlung entgegen. Bei der folgenden Aussprache darüber gingen die Meinungen der verschiedenen sozialdemokratischen Parteirichtungen heftig auseinander. Um so einheitlicher jedoch gestaltete sich die Debatte, welche dem Bericht über die hiesigen Lohnnahmen zur Schaffung eines neuen Lohnsystems folgten. Einwendungen dagegen, welche das Fehlen einer Wirtschaftspolitik bemängelten wurden von übergroßer Mehrheit bekämpft. Von der Haltung der Versammlung wurde erklärt: Wir vertreten im Prinzip den Standpunkt, möglichst auskömmliche Löhne zu fordern und wünschen, von berechtigten Lohnminderungen bei geregelten Verhältnissen endgültig Abstand zu nehmen. Demnach auch weitere

der Versammlung zugestimmt. Allgemeinen Unwillen erregte nur die Feststellung der Tatsache, daß feinerzeit in einigen Gruppen der Konfession Sonderverträge mit den Angestelltenvereinbarungen der Vorkriegszeit in der Industrie eingeleitet wurden, welche mit ihren niedrigen Lohnsätzen für Hausdiener und durch längere Befristung der Verträge einseitiger Lohnfestsetzung lüden. Man sprach aber die Hoffnung aus, daß mit derselben sozialen Gerechtigkeit wie die Fabrikanten der Domestikation auch diese Gruppen Veränderungen der Lohnsätze der Hausdiener in ihren bestehenden Tarifverträgen mit übernehmen, und somit den Frieden in der Barungen, welche zwischen der Zeit nach bestehenden Geschäftsdiener, und Vorkriegszeit vereinigt und dem Deutschen Transportarbeiterverband getroffen wurden, um in absehbarer Zeit zu einem Zusammenschluß beider Verbände zu gelangen. In der Hauptsache wurde darauf hingewiesen, daß nunmehr Hebertritte beider Verbände nicht mehr stattfinden und der gegenseitige Besitzstand der Mitglieder zu wahren ist, sowie in vorstehenden Fällen Vertreter der Vereinigung bei Verhandlungen hinzugezogen werden können. Diese Ausführungen, welche endlich die Möglichkeit einer geschlossenen Forderung der Berliner Handelshilfsarbeiter in

De nun oder später Ort von dem Entlassungs- und Aufhaltungs-ort ist verschieden sein wird, so kann der Entlassene auch beim Schlichtungsausschuss seines Aufenthaltsorts Klage einbringen und dort die Beschwerde anhängig machen. Der angerufene Schlichtungsausschuss gibt alsdann die Beschwerde an den zuständigen Schlichtungsausschuss zur Erledigung weiter.

Die Angehörigen von Kriegsgewerkschaften tun gut, sich diesen Artikel anzueignen, um ihn ihren aus der Gefangenenschaft heimgekehrten Lieben vorlegen zu können.

Die Wahrheitsliebe des Herrn Steiniger.

Wir erhalten folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung: Herr Verbandsvorstand Steiniger, Friedrichshagen, stellt in seinem in der Abendnummer der „Freiheit“ vom 15. September abgedruckt gemessenen Briefe an den Oberpräsidenten von Brandenburg betreffend die Bestätigung des Amtsvorstandes für den Amtsbezirk Mahndorf die unwahre Behauptung auf, daß ich zum Beginn des Jahres schriftlich meinen Austritt aus dem Mahndorfer unabhängigen Wahlverein erklärt und damit begründet habe, daß der Verein nicht mehr auf dem Boden der Unabhängigen Partei, sondern auf dem der Kommunistischen Partei stände. Um aller Legendenbildung vorzubeugen, erkläre ich hiermit, daß ich niemals meinen Austritt aus dem Mahndorfer Wahlverein erklärt habe und damit wird natürlich auch die Begründung hinsichtlich, die Herr Steiniger mir für die behauptete Austrittserklärung unterstellt. Ich gehöre dem Wahlverein aus heute noch an und nahm und nehme an den Arbeiten unserer Partei am Orte so regen teil, daß mich meine Genossen vor 14 Tagen zum Gemeindeführer gewählt haben. Eine Erklärung gleichen Inhalts habe ich an den Oberpräsidenten gelangt.

Dr. H. S. Barga, Mahndorf.

Herr Steiniger nimmt es in seinem Kampfe gegen die neu gewählten Amtsvorstände nicht so genau. Ihm kommt es auf eine Handvoll Unrichtigkeiten mehr oder weniger nicht an.

Rechtssozialistische Verleumdung. Der „Vorwärts“ behauptet in seiner Donnerstag-Morgen-Ausgabe, daß der unabhängige Stahlwerksbetriebe Jarius in Charlottenburg als Inhaber der „Stahlwerke“ des Volkshauses zwei Klagen gegen die Gewerkschaft eingeleitet habe. Das ist unwahr. Dem Leiter dieser Klagen an der „Vorwärts“ ist bekannt, daß Jarius nur Oekonom des Volkshauses ist und mit der Stahlwerke nichts zu tun hat, da sie an einen Pächter verpachtet ist.

Erhöhung des Gaspreises. Auf Grund des Gemeindeführerbeschlusses vom 25. März 1919, nach dem die jährliche Gaspreissteigerung des Berliner Gaspreises festzusetzen ist, erhöht sich der zur Zeit 47 Pf. betragende Gaspreis von dem 1. Oktober 1919 an auf 50 Pf. 1919. Der Gemeindeführerbeschluss vom 25. März 1919, nach dem die jährliche Gaspreissteigerung des Berliner Gaspreises festzusetzen ist, erhöht sich der zur Zeit 47 Pf. betragende Gaspreis von dem 1. Oktober 1919 an auf 50 Pf. 1919. Demgemäß sind von dem genannten Zeitpunkt ab für 1 Kubikmeter Gas bei der Entnahme durch gewöhnliche Gasmesser 58 Pf., bei der Entnahme durch gewöhnliche Gasmesser 48 Pf. und einschließlich Mietzins für die Gasuhr 2,40 Pf. = 50,40 Pf. zu zahlen. Abnehmern, die Gas durch gewöhnliche Gasmesser beziehen und im Verlaufe eines ganzen Ge-

schäftsjahres der städtischen Gaswerke bei ununterbrochener Benutzung nicht mehr als 365 Kubikmeter verbrauchen, erhalten am Jahresabschluss wie bisher 5 Pf. des gezahlten Preises für 100 Kubikmeter zurückvergütet.

Aus den Organisationen.

6. Kreis, 7. Abt. Mitglieder-Versammlung am Freitag, den 13. September, abends 7 Uhr, Sonnenburger Straße 24, Schulin.

Vereinstalender.

Weinbrennereiarbeiter und Arbeiterinnen sowie Kutscher, Gerb-Verseiner, Freitag abends 7 Uhr Königsplatz-Kaffee, Holzmarktstraße 72, Ecke Alexanderstraße.

J. S. d. A. u. S. Bezirk Nordost. Sonnabend, den 20. September, abends 7 Uhr, Zusammenkunft mit Familie in der Schwanenbrauerei, Franzlauer Allee 247.

Verantwortlich für die Redaktion: Friedrich Bielow, Reichliche Verlagsgesellschaft „Freiheit“, c. G. m. b. H., Berlin. — Druck im Rindenschneider und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Aus den Kinos.

Es heute bis einschließlich Montag nächster Woche gelangen zur Aufführung:
Jortuna-Lichtspiele, Müllerstr. 12: Zerkow und Leberwöl.
Des Geheimnis, Erstaufführung für den Weddingstadion.
Dramen-Lichtspiele, Brunnenstr. 155: Die Todesfeier.
Detafotofilm.
Kessing-Lichtspiele, Blumenstr. 10: Fern Andra in: Die Frau des Tiranen.
Theater am Rotteckplatz, Die Liebe des Vostok. Soziales Drama.
Lichtspiel-Palast, Reinickendorfer Straße 14: Wenn Mann streiten. Mitwirkung von nomadischen Sängern und Sängerinnen.
Schubert-Lichtspiele, Kaspalin: Das Glück verachtet.
Variété-Theater.
Theater des Wedding, Bigge Karze im „Graf Spies“.
Am Sonnabend wird das Oranien-Theater, Oranienstraße 161, eröffnet mit dem Film „Schwarze Perlen“. Die Opernbesitzerin Eva May ist persönlich anwesend.

Die Politik der Gedankenlosigkeit

verfolgen durch die kleinen Genossen, die ihre kleinen Anzeigen der bürgerlichen Presse geben, obgleich sie wissen müßten, daß die „Freiheit“ ein wirkames Insertionsorgan für Kauf und Verkauf, Mietung und Vermietungen ist. Inseriert in eurem Parteiorgan!

Groß-Berlin.

Die Wiedereinstellung der Kriegsgefangenen.

Tausende von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten sind in ihre Heimat zurückgekehrt und hunderttausende werden ihnen in nächster Zeit nachfolgen. Ein großer Teil der Entlassenen wird versuchen, wieder in der letzten Arbeitsstelle beschäftigt zu werden. Sie werden sich persönlich oder schriftlich (durch Einschreibebrief) bei dem Arbeitgeber zur Wiedereinstellung melden. Gemäß §§ 2 bis 6 der Verordnung vom 8. September 1919 (Reichsgesetzbl. Seite 1500) steht dem Entlassenen so ein Recht auf Wiedereinstellung zu, falls er sich rechtzeitig meldet, d. h. binnen 8 Wochen nach seiner ordnungsmäßigen Entlassung; für Zivilinternierte, die nach nicht die Befugnis zur freien Ortswahl im Deutschen Reich haben, beginnt diese Frist mit dem Tage, an dem sie diese erlangen. Jedoch ist hierbei zu erwähnen, daß nicht die letzte Arbeitsstelle vor der Einberufung in den Dienst zur Wiedereinstellung verpflichtet ist, sondern diejenige, bei der der Einberufene am 1. August 1914 tätig war.

Kommt der Arbeitgeber seiner Wiedereinstellungsverpflichtung nicht nach, so bleibt dem Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich sein Recht bei dem zuständigen Schlichtungsausschuss zu suchen. Zuständig ist der Schlichtungsausschuss des Ortes, in dessen Bereich sich der betreffende Betrieb oder das betreffende Bureau befindet.

Wichtige Mitteilung für alle Leser der „Freiheit“

Alle Leser der „Freiheit“ erhalten gegen Entgelt des nebenstehenden Gutscheins ein Gratis-Probestück der wöchentlich bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Dieselbe bringt von ersten Schriftstellern gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissenschaften. Jedes Heft enthält circa 80 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Vorkriegszeit.

Wenn die Erde ergittert — Wie erhalte ich mich jung? — Der Wille und dessen Gemacht. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvögeln. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Jedem erhält jeder Abonnent eine große illustrierte Hausbibliothek gratis und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke. Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 80 Pf. pro Heft festgesetzt.

Gutschein für die Zeitschrift „Freiheit“

An den
Berlag „Welt und Wissen“
Berlin-Schöneberg, im Post 11.
Ich bestelle hiermit ein
Probestück kostenlos.
Name: _____
Ort: _____

Brunnen-Lichtspiele

Brunnenstraße 153.
Ab Freitag:
Das beliebteste Prachtprogramm!
1. Die Todesfarm
2. Kaena, die indische Rachegöttin

Möbel

Wohnungsrichtung!
Vollständige Küche und Küche
1300 M., halbes Schlafzimmer
mit Marmor und Spiegel 1650
Mark. Kleider, Spiegel, in
allen Farben, von 375 M. an.
Möbelhaus Reifeld, Badstr. 3.
Eventuell Zahlungsrichtungen.

Kupfer

silber, Metallabfälle, Quecksilber, Gold, Silber, Platin
Metalleinverkauf Schulze
Königsplatz 2.

Spiralbohrer

neue, jeden
Posten für
dringenden Bedarf
Lennig, 24 Markt 2.

Der Sozialist

Sehen neue Nummer erschienen!
Früher Sozialistische Anstaltszeitung.
Unabhängige sozialdemokratische Wochenzeitschrift.
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.
Unter ständiger Mitwirkung von
F. Bloch, H. Haase, K. Kautsky,
A. Stolz, H. Ströbel u. a.

Kaufgesuche

Kupfer
silber, Metallabfälle, Quecksilber, Gold, Silber, Platin
Metalleinverkauf Schulze
Königsplatz 2.

Messing

Kupfer! Silber! Metallabfälle! Platin! Silber!
Quecksilber!
Zahngesamtheit! Kupfer!
Zahngesamtheit! Kupfer!
Zahngesamtheit! Kupfer!

Verschiedenes

Haut- und Haarparfüm
Dr. med. Haschke
Friedrichstr. 90
Ser. 10-1 u. 3-8, Sonntag 11-1
Erfolgreiche Behandlung.

Frisch eingetroffen!

Kakao van Mouten per Pfd. 15.— M.
gebrannter Kaffee „ „ 14.— M.
außerdem Schokolade, Van Ets, Schweizer sowie
diverse Kernsamen.
F. P. Adolf Kauffmann, Berlin S. 14, Wallstr. 55/56.

Messing

Kupfer! Silber! Metallabfälle! Platin! Silber!
Quecksilber!
Zahngesamtheit! Kupfer!
Zahngesamtheit! Kupfer!

Messing

Kupfer! Silber! Metallabfälle! Platin! Silber!
Quecksilber!
Zahngesamtheit! Kupfer!
Zahngesamtheit! Kupfer!

Verschiedenes

Haut- und Haarparfüm
Dr. med. Haschke
Friedrichstr. 90
Ser. 10-1 u. 3-8, Sonntag 11-1
Erfolgreiche Behandlung.

Kleine Anzeigen

Verkaufe
Toppische, Gardinen billig,
Delikatessen, Schokolade,
Paletot, 1 Joppe, 1 Hat, Größe
38, schwach, Figur, fast neu,
Billig, Teichstr. Prinzenallee 45.

Messing

Kupfer! Silber! Metallabfälle! Platin! Silber!
Quecksilber!
Zahngesamtheit! Kupfer!
Zahngesamtheit! Kupfer!

Messing

Kupfer! Silber! Metallabfälle! Platin! Silber!
Quecksilber!
Zahngesamtheit! Kupfer!
Zahngesamtheit! Kupfer!

Verschiedenes

Haut- und Haarparfüm
Dr. med. Haschke
Friedrichstr. 90
Ser. 10-1 u. 3-8, Sonntag 11-1
Erfolgreiche Behandlung.